

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Alkoholverbot auf Spielplätzen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sie haben gesagt, in einem Satz. Am 18.9.2008, kein Druckfehler, hat der Kollege Willi Kolar, der links von mir steht, von mir aus gesehen...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Warum der Herr Mag. Korschelt von der FPÖ jetzt da ist, hat damit zu tun, dass eigentlich der Willi Kolar dran gewesen wäre und das Thema das gleiche ist und deswegen jetzt bitte die Anfrage vorzubringen.

GR. Mag. **Korschelt**: Es geht, wie gesagt, in kurzen Worten geht es darum, dass der Kollege, wie gesagt, vor schon einem Jahr die Anfrage eingebracht hat, Alkoholverbot auf Spielplätzen. Leider inzwischen hat es einige Bürgerversammlungen gegeben, unter anderem die am Hasnerplatz, wo dieses Thema wieder sehr aktualisiert wurde und bis heute nichts geschehen ist. Deshalb die

A n f r a g e

an den Herrn Bürgermeister: Aus welchem Grund ist es zu dieser unverständlichen Verzögerung gekommen?

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 18.9.2008 (kein Druckfehler) hat Kollege GR Willi Kolar einen Antrag eingebracht, auf allen Grazer Spielplätzen ein Alkoholverbot zu erlassen.

Dieser Antrag hat die einstimmige Annahme des Grazer Gemeinderates erhalten.

Leider wurden bis heute keine merklichen Tätigkeiten von Seiten der Verwaltung der Stadt Graz gesetzt. Dies erscheint auf Grund der dringenden Probleme auf den Grazer Spielplätzen als völlig unverständlich.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Was ist der Grund für diese unverständliche Verzögerung?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Alkoholverbot auf Spielplätzen/keine Reaktionen trotz dringlichen Antrages

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, nachdem der Kollege Korschelt ja eigentlich eh schon vieles gesagt hat, bleibt mir eigentlich im Grunde nicht mehr viel übrig bei der ganzen Sache sondern Hintergrund ist, dass letztendlich mir ein Schreiben des Herrn Bürgermeister zugegangen ist, warum das alles miteinander nicht geht und wir hätten gerne gewusst, wie es geht, das ist der Antragstext. Danke (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 18. September 2008, also vor mittlerweile mehr als einem Jahr, wurde von mir in diesem Haus ein dringlicher Antrag betreffend Alkoholverbot auf Spielplätzen eingebracht.

Ohne den dringlichen Antrag lang und breit wiederholen zu müssen, darf ich nur daran erinnern, dass – und genau dies war Intention des Dringlichen - viele Eltern, den Wunsch haben, dass auf öffentlichen Spielplätzen Alkoholkonsum auf jeden Fall untersagt werden müsste, da den Kindern nicht zuzumuten ist, neben jenen, die die Spielplätze für ihre Gelage missverwenden und zwischen leeren Bierdosen, Wein- und Schnapsflaschen und Glasscherben zu spielen.

Wobei ich mich gerne in einem Punkt wiederhole: Natürlich ist uns allen klar, dass die Überwachung eines solchen Verbotes alles andere als leicht ist; und zudem sind Verbote sicher nicht das allein wirksame Mittel – zusätzlich müsste, natürlich neben einer Überwachung, durch eine Intensivierung der Spielplatzbetreuung über mobile Kinder- und JugendarbeiterInnen die Bewusstseinsarbeit noch intensiviert werden. Dennoch wäre als ein erster Schritt ein generelles Verbot, auf öffentlichen Spielplätzen Alkohol zu konsumieren, sicher ein Signal.

Für viele betroffene Eltern war es daher überaus erfreulich, dass der von mir eingebrachte Dringlichkeitsantrag, wonach die zuständigen StadtsenatsreferentInnen beauftragt werden, alles in die Wege zu leiten, damit so rasch wie möglich auf Spielplätzen der Konsum von Alkohol verboten wird, einstimmig angenommen wurde.

Allerdings: Ein Jahr später sind wir trotz einstimmiger Willensbekundung durch den Gemeinderat von einem Alkoholverbot auf Spielplätzen gleich weit entfernt wie im September 2008. Denn mittlerweile wurde mir mitgeteilt, dass alles nicht so einfach sei: Eingeschritten könne nur werden, wo es nachweislich exzessive Ausschreitungen gegeben hätte, und ein generelles Alkoholverbot sei rechtlich nicht möglich, ein „allgemeines Alkoholverbot“ zu erlassen. Beide Argumente sind schwer nachvollziehbar: Erklären Sie bitte Eltern, dass leere Dosen, Flaschen und Scherben nicht reichen – dass quasi die Alkoholisierten an dem Spielplatz herumkugeln müssen. Und für einen Nicht-Juristen auch schwer verständlich: Wieso solle es nicht möglich sein, Spielplätze ganz konkret als solche auszuweisen und zu alkoholfreien

Zonen zu machen? Was für den Hauptplatz recht war, sollte – um ein paar Beispiele zu nennen – für den Spielplatz Junges Europa, für den Spielplatz Schererstraße, für den Spielplatz Wachtelgasse oder für den Spielplatz Hasnerplatz doch auch möglich sein.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich die die

A n f r a g e ,

- a) warum es rechtlich angeblich nicht möglich ist, städtische Spielplätze als alkoholfreie Zonen zu deklarieren, indem sie ganz konkret als solche ausgewiesen werden und
- b) welche stattdessen angekündigten sozialbetreuerischen Aktivitäten seit September 2008 gesetzt wurden.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Umsetzung des Frühwarnsystems bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich habe am 15. Jänner einen dringlichen Antrag eingebracht, der mit den Gegenstimmen der FPÖ angenommen wurde. Es ging um die Umsetzung des Frühwarnsystems bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen. Gemeinderat Thomas Rajakovics von der ÖVP hat einen Zusatzantrag eingebracht, man möge einen Arbeitskreis bilden, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Und meine Frage lautet:

Ist der oben angeführten Arbeitskreis bereits zusammengetreten? Wann wird in Gaz das beschlossene Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung eingeführt? Danke (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 15. Jänner 2009 hat der Gemeinderat einen von mir eingebrachten Dringlichkeitsantrag der KPÖ (gegen die Stimmen der FPÖ) angenommen, in dem wir gemeinsam ein Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen fordern. Auch ein Zusatzantrag von ÖVP-Gemeinderat Thomas Rajakovics wurde mehrheitlich angenommen, der vorschlug, dass dieses Frühwarnsystem in einem Arbeitskreis aus MitarbeiterInnen der Graz AG, des Wohnungs- und Sozialamtes entwickelt werden sollte. Im Gemeinderat hat es eine sehr intensive Diskussion zu diesem Thema gegeben.

Jetzt schreiben wir den Monat Oktober. Unseren Informationen nach gibt es dieses beschlossene Frühwarnsystem noch nicht. Dabei ist nach Auskunft der Energie Graz die Zahl der Abschaltungen infolge der weltweiten Wirtschaftskrise gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent angestiegen. In den letzten 12 Monaten haben zirka 1.500 Abschaltungen stattgefunden.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Ist der oben angeführte Arbeitskreis bereits zusammengetreten?

Wann wird in Graz das beschlossene beschlossene Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung eingeführt?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Bedarf an Pflegeheimbetten in der Stadt Graz

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der ersten Anfrage geht es um den demographischen Wandel, um ein dreifaches Altern: das erste ist die hohe Lebenserwartung, das zweite Altern ist, dass der Anteil der Menschen über 60 an der Gesamtbevölkerung stark steigt und das dritte Altern ist der überproportionale Anstieg der Hochbetagten. Und auf der anderen Seite werden die familiären Netze immer dünner und daher meine

A n f r a g e

an den Herrn Bürgermeister, ob der Herr Bürgermeister bereit ist, im Rahmen seiner Koordinierungskompetenz die Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses im Mai 2009, wo die GGZ aufgefordert wurden und beauftragt wurden, die Errichtung eines neuen Pflegeheimes im Norden von Graz zu prüfen, ob er diesen Gemeinderatsbeschluss sicherstellt und ob er sich bei der Frage des Bedarfes von Pflegeheimen an den angeblichen Budgetnotwendigkeiten oder an den Empfehlungen der Fachexpertinnen und Fachexperten orientiert. Und ich habe für den Herr Bürgermeister kein Taschentuch mitgenommen, sondern die Hochaltrigkeitsstudie Österreich, ein ganzes Konvolut, wo alles drinnen steht, was wir an Pflegeeinrichtungen brauchen. Angefangen von der mobilen Betreuung bis zu den stationären Pflegebetten.

Zwischenruf GRin. Gesek: Aber das weiß der Herr Bürgermeister.

GRin. **Haas-Wippel**: Das habe ich für den Finanzstadtrat Rüscher mitgebracht und für den Herrn Bürgermeister (*Applaus SPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Wir erleben in Österreich eine dreifache Alterung – charakterisiert durch eine hohe Lebenserwartung, einen steigenden Anteil der Menschen über 60 an der Gesamtbevölkerung und einen überproportionalen Anstieg der Hochbetagten.

Der Bericht des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz über Hochaltrigkeit in Österreich (2008) zeigt diese Entwicklungen und auch die zu erwartenden Problemstellungen auf.

Der Bedarf an extramuraler und semistationärer Betreuung wird in Zukunft stark steigen, die Zunahme ältere Menschen in Institutionen wird sich – trotz der politischen Strategie „ambulant vor stationär“ – um das Zweieinhalbfache (auf etwa 150.000) erhöhen.

Derzeit werden etwa 80 % der pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt, durch die immer „dünner“ werdenden familialen Netze ist daher auch aus diesem Grund mit einer Zunahme an Betreuungskapazitäten zu rechnen.

Im Mai 2009 wurde im GR der einstimmige Beschluss gefasst, dass die GGZ zu beauftragen sind, die Errichtung eines neuen Pflegeheimes in Norden von Graz zu prüfen.

In den letzten Wochen wurde medial mehrmals über eine geplante Reduktion von Pflegeheimbetten in Graz berichtet und auch in der Stadtregerungssitzung am 18.09.2009 wurde dies vom Finanzstadtrat Dr. Rüschi angesprochen.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz die Umsetzung dieses Gemeinderatsbeschlusses sicherzustellen und ob Sie sich bei der Frage des Bedarfes von Pflegeheimbetten an angeblichen Budgetnotwendigkeiten oder an den Empfehlungen der FachexpertInnen orientieren?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Behindertengerechter Zugang bei der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Haas-Wippel**: Die zweite Anfrage betrifft die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof und die Frage richtet sich dahingehend, ob die Barrierefreiheit und die Behindertengerechtigkeit in allen Ebenen und für alle Verkehrsmittel sichergestellt sind. Werden Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister bei der geplanten Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof einen behindertengerechten und barrierefreien Zugang zu allen Verkehrsmitteln inklusive der Straßenbahn sicherstellen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Diese Anfrage kann ich beantworten, ja, das ist sichergestellt.

GRin. **Haas-Wippel**: Aber keine mobilen Treppen zur Straßenbahn, sondern es muss absolut ein barrierefreier Zugang ohne Mobilitätshindernisse gewährleistet sein und nicht nur mit mobilen Rampen die Barrierefreiheit gewährleistet sein, weil das ist bei einem Neubau einfach nicht zielführend, dass man da mit mobilen Rampen arbeitet.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: In dem Fall ist es gegeben auch unterirdisch, Sie meinen direkt an Einstiegsrampen.

6) Baumhaine auf den Reininghausgründen

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann**: In dieser Anfrage geht es darum, dass auf Initiative der Asset One 2007 auf den Reininghausgründen zirka 3000 Bäume und Sträucher gepflanzt wurden. Der Kostenpunkt war 200.000 Euro für diese Aktion, davon wurde die Hälfte von Asset One bezahlt nach unserer Information und die Hälfte aus Fördermitteln der Stadt Graz und der EU. Anrainer haben uns aufmerksam gemacht, dass diese Baumhaine total verwildern und wir haben deswegen die Anfrage, ob sich der Herr Bürgermeister bereit erklärt, sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen, um sich für eine ausreichende Pflege und Betreuung dieser sechs Baumhaine, die für eine nachhaltige Grünraumentwicklung im neuen Stadtteil Reininghaus sind, einzusetzen (*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Herbst 2007 sind auf Initiative der Asset One und mit Hilfe von Förderungsmitteln der EU und der Stadt Graz im Rahmen des Stadtentwicklungsprogrammes Urban Graz West in sogenannten Baumhainen auf den Reininghausgründen 450 Bäume und 2600 Sträucher gepflanzt worden. Sinn der Aktion sollte eine nachhaltige Grünraumgestaltung für den neuen Stadtteil sein.

Für diese Bepflanzungsaktion auf einer 21000 Quadratmeter großen Fläche wurden an Kosten 200.000.- Euro veranschlagt, nur die Hälfte davon wurde nach unseren Informationen von Asset One selbst, die andere Hälfte wurde aus Fördermitteln der Stadt Graz und der EU bezahlt.

Nach einer PR-wirksamen Bepflanzungsaktion interessiert sich anscheinend niemand mehr für die Pflänzchen. Meterhoch wuchert zurzeit das Gestrüpp vor sich hin. Von sogenannten Baumhainen ist nicht viel zu sehen.

Letztendlich stellen sich AnrainerInnen und wir die Frage, wer eigentlich für die Erhaltung und Pflege der Haine zuständig ist.0

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich mit den dafür zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen und sich für eine ausreichende Pflege und Betreuung der 6 Baumhaine auf den Reininghausgründen einzusetzen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Mädchenzentrum

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine erste Anfrage bezieht sich auf das Mädchenzentrum, und zwar im schwarz/grünen Koalitionsvertrag ist festgehalten die Schaffung eines Zentrums für Mädchen und junge Frauen. Meine Anfrage lautet folgendermaßen: In welcher Phase der Umsetzung befindet sich das geplante Mädchenzentrum und wann ist mit der Einrichtung zu rechnen (*Applaus KPÖ*)?

Motivenbericht nur schriftlich:

Im schwarz/grünen Koalitionsvertrag ist unter Punkt 6.2.3. die Schaffung eines Zentrums für Mädchen und junge Frauen vorgesehen. Abgesehen davon, dass so eine Einrichtung ein wichtiger Ort der Begegnung und Kommunikation, eine Rückzugsmöglichkeit und Anlaufstelle ist, wo Hilfe, Beratung und Betreuung für Mädchen und junge Frauen angeboten werden kann, besteht vor allem die Möglichkeit, dass ein Mädchenzentrum auch von jungen Migrantinnen genutzt werden kann. Gerade für diese Zielgruppe gibt es kaum Angebote, die zur Stärkung und Förderung ihres Selbstwertgefühls beitragen. Es ist Aufgabe der Stadt, die Interessen der Mädchen und jungen Frauen ernst zu nehmen.

Aus diesem Grund stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

In welcher Phase der Umsetzung befindet sich das geplante Mädchenzentrum und wann ist mit der Einrichtung zu rechnen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Heimgarten zwischen der GVB-Remise und der Eggenberger Straße

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Die zweite Anfrage bezieht sich auf den Heimgarten zwischen der GVB-Remise und der Eggenberger Straße. Ich stelle die Anfrage aus dem Grund, weil sich einige Menschen aus Sorge an mich gewendet haben, was den

Weiterbestand der Heimgartenanlage anbelangt. Es ist ihnen nämlich zu Ohren gekommen, dass einzelne Gärten nach Auslaufen der Pachtverträge nicht mehr weiter vergeben werden und sie so sukzessive unbestellt bleiben, und dieses Strategie soll anscheinend langfristig dazu führen, dass die Grundfläche im Interesse des Eigentümers anders genutzt werden soll, und aus diesem Grund lautet meine Anfrage folgendermaßen: Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren und sich für den Erhalt der bestehenden Heimgartenanlage zwischen der GVB-Remise und der Eggenbergerstraße einzusetzen(*Applaus KPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Heimgarten zwischen der Laudongasse und der Eggenbergerstraße ist für viele BewohnerInnen ein wichtiges Stück Grün, das sie in liebevoller Kleinarbeit in ihrer Freizeit bearbeiten. Jetzt haben sich einige Menschen an mich gewendet, da sie wieder einmal Sorge um den Weiterbestand der Heimgartenanlage haben. Es ist ihnen zu Ohren gekommen, dass einzelne Gärten nach Auslaufen der Pachtverträge nicht mehr weitergegeben werden und sie so sukzessive unbestellt bleiben. Diese Strategie soll anscheinend langfristig dazu führen, dass die Grundfläche im Interesse des Eigentümers anders genutzt werden soll.

Aus diesem Grund stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren und sich für den Erhalt der bestehenden Heimgartenanlage zwischen der GVB-Remise und der Eggenbergerstraße einzusetzen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Villa Hartenau

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es geht um die Villa Hartenau, die ist ja vor einigen Jahren verkauft worden an die Bundesimmobiliengesellschaft und von dieser wiederum an eine private Investorengesellschaft. Werden Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass die Villa Hartenau samt zugehörigem Areal in einen ansehnlichen Zustand gebracht und einer Nutzung, wenn möglich im Interesse der Allgemeinheit, zugeführt wird, wobei insbesondere der Denkmalschutz aufrecht erhalten werden soll. Danke (Applaus KPÖ).

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Jahr 1948 hat die Stadt Graz die idyllische Villa Hartenau erworben und sie als neues Zuhause für damals 60 Mädchen umgestaltet. Insgesamt wurden seit 1948 1.230 Kinder und Jugendliche in der Villa Hartenau betreut. (Homepage der Stadt Graz).

Im Jahr 2005 wurde die Villa Hartenau gemeinsam mit der Kindervilla dezentralisiert, fünf neue eigenständige Wohngemeinschaften entstanden.

Die Villa Hartenau wurde von der Stadt Graz an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) verkauft, diese veräußerte sie an die Firma Ziko – Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GesmbH der Leibnitzer Fenster- und Türenfirma Zirngast GmbH.

Die Villa selbst ist seit Jahren Wind und Wetter preisgegeben, notwendige Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten wurden weder am Gebäude noch am Areal geleistet. Der drohende Verfall der Villa geht unter Umständen Hand in Hand mit möglichen Absichten des Eigentümers, den Denkmalschutz auszuhebeln.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Werden Sie sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass die Villa Hartenau samt zugehörigem Areal in einen ansehnlichen Zustand gebracht und einer Nutzung - wenn möglich im Interesse der Allgemeinheit - zugeführt wird, wobei insbesondere der Denkmalschutz aufrecht erhalten werden soll?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Straßenmusikanten

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Das Thema Straßenmusikanten, ein leidiges Thema, das sehr vielen Menschen wirklich, die in der Innenstadt arbeiten, unter den Nägeln brennt. Sie sind da einer akustischen Dauerbelästigung ausgesetzt und im letzten Gemeinderat ist das ja eher lapidar auch behandelt worden. Ich habe mir da das eine oder andere anhören müssen und ich erlaube mir, jetzt dem Gemeinderat ein ganz kurzes akustisches Beispiel vorzuspielen, von was wir da so reden (*GR. Sippel spielt eine Kasette mit der musikalischen Darbietung eines Straßenmusikanten vor*). So mit dem akustischem Hintergrundgeräusch müssen sich Mitarbeiter, die Beschäftigten der Innenstadt und auch einige hier im Magistrat hier herinnen tagtäglich stundenlang beschäftigen, und ich wollte in diesem Zusammenhang den Bürgermeister nur fragen, ob er die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als ausreichend erachtet beziehungsweise bereit ist, sich dieses Problems endlich einmal anzunehmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Die FPÖ hat in der Vergangenheit wiederholt auf das Thema Straßenmusikanten aufmerksam gemacht. Der abgelaufene Sommer und der teilweise laue Herbst brachten die Erkenntnis, dass vor allem der Bereich Herrengasse - Schuhgeschäft Salamander - Rathaus - Nordsee als zentrale Anlaufstelle für Damen und Herren unterschiedlicher musikalischer Begabungsgrade dient.

Vergangene Initiativen der FPÖ zu diesem Thema wurden im Gemeinderat unter Anführung verschiedenster Argumentationslinien stets abgelehnt.

Tatsächlich werden die musikalischen Darbietungen auch unterschiedlich aufgenommen. Während flüchtige Passanten sich tendenziell toleranter zeigen, empfinden die in der Innenstadt berufstätigen Menschen diese Darbietungen mit zunehmender Dauer als Belästigung.

Während Herr Gemeinderat Hagenauer in vergangenen Gemeinderatssitzungen zu diesem Thema zu berichten wusste, dass im Garten seines Hauses stets große Künstler aufgetreten sind, so verhält es sich bei den Konzerten des abgelaufenen Sommers in der Grazer Innenstadt doch deutlich anders.

Zahlreiche Mitarbeiter der ansässigen Gewerbetreibenden sowie andere berufstätige Menschen, die sich in regelmäßiger Hörweite der unaufgeforderten Darbietungen befinden, können diesen Sachverhalt bestätigen.

Leider hat sich gerade die ÖVP in der Vergangenheit auf die bestehende Straßenmusiker-Verordnung berufen und darauf hingewiesen, dass die Künstler nur einen bestimmten Zeitraum an einer Stelle spielen dürfen.

Tatsächlich folgt aber unmittelbar auf den scheidenden Musiker schon der nächste, weshalb es zu einer teilweise unerträglichen akustischen Rundumversorgung kommt. Die bestehenden Bestimmungen sind genauso wenig ausreichend wie die sporadischen Kontrollen der personell unterbesetzten Ordnungswache.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

A n f r a g e :

Erachten Sie die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als ausreichend beziehungsweise sind Sie bereit, sich dieses Problems anzunehmen?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Bürgerversammlung ECE

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Nachdem der Gemeinderat am 14. Mai einstimmig den dringlichen Antrag der FPÖ beschlossen hat, dass sich der Bürgermeister einer, Bürgerversammlung zu stellen hat, wann gedenkt er diese Bürgerversammlung und zwar termingenau endlich wahrzunehmen? Danke (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Gemeinderatssitzung vom 14.05.2009 wurde ein dringlicher Antrag der FPÖ nachstehenden Inhalts einstimmig beschlossen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Büro für Bürgerinitiativen wird beauftragt, im Sinne des obigen Motivenberichtes eine Bürgerversammlung einzuberufen, zu der sämtliche Personen geladen werden, denen auch im Zuge des notwendigen Bauverfahrens ex lege Parteienstellung zukam und zukommt. Weiters ist diese Versammlung auch in den Medien anzukündigen, um anderen betroffenen Personen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Der Gemeinderat wolle zudem beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Vertretern der Ämter persönlich an gegenständlicher Versammlung teilzunehmen.

Nachdem hinsichtlich der Umsetzung des oben stehenden Antrages bisher keine Rückmeldung erfolgte, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Wann wird die bereits beschlossene Bürgerversammlung unter Ihrer Teilnahme stattfinden?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Einsätze in der Dienstzeit abzugelten

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Zuerst einmal ein herzliches Grüß Gott den Kameraden von der Freiwilligen Feuerwehr, die oben so streng herunterschauen. Ich möchte auch dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen, dass die Freiheitliche Feuerwehr der Stadt Graz was spart, nämlich indem die Kollegen dort oben wirklich dem Namen Freiwillige Feuerwehr Ehre machen und den Ordnerdienst kostenlos machen...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Freiheitliche Feuerwehr?

GR. Mag. **Korschelt**: Bitte? Habe ich das gesagt, Freudscher Fehler, Freiwillige Feuerwehr, aber ich will es nicht vereinnahmen. Aber wie gesagt, die Stunden, die hier verbracht werden und die leider das letzte Mal bis um drei in der Nacht verbracht worden sind, sind gratis, also kostet der Stadt nichts. Aber jetzt zur Anfrage an den Bürgermeister: Im Land Steiermark gibt es Pläne von Herrn Klubobmann Kröpfel, Versuch, die Freiwillige Feuerwehr, die Arbeitsstunden, die gebracht werden innerhalb der Dienstzeit bei einem Arbeitgeber abzugelten, deswegen von mir die Anfrage an den Bürgermeister oder die Bitte, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bist du bereit, die Dienststellen des Magistrates anzuweisen, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, die in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt Graz stehen, Einsätze, die in der Dienstzeit erbracht werden, als bezahlten Urlaub abzugelten und mit den Geschäftsleitungen der Beteiligungsbetriebe der Stadt Graz Verhandlungen aufzunehmen und diese zu ersuchen, ihren Dienstnehmern oder Dienstnehmerinnen, wir haben auch Mitglieder, also Damen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Graz sind, Einsätze, die in der Dienstzeit erbracht werden, als bezahlten Urlaub abzugelten (*Applaus FPÖ*).

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Land Steiermark werden Pläne vorbereitet, Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren ihre Einsatzzeiten während der Dienstzeiten als bezahlten Urlaub abzugelten.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Bist du bereit, die Dienststellen des Magistrates anzuweisen, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Graz, die in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt Graz stehen, Einsätze, die in der Dienstzeit erbracht werden, als bezahlten Urlaub abzugelten und mit den Geschäftsleitungen der Beteiligungsbetriebe der Stadt Graz Verhandlungen aufzunehmen und diese zu ersuchen, ihren Dienstnehmern, die Mitglieder der

Freiwilligen Feuerwehr Graz sind, Einsätze, die in der Dienstzeit erbracht werden, als bezahlten Urlaub abzugelten?

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Ablagerungen von biogenem Abfall sowie von Rest- und Sperrmüll im „Wienerberger Wald“, Gst.Nr. 630/2 der KG St. Peter

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wäre natürlich schön und ich hoffe, dass man in Hinkunft einrichten können, dass diese Anfragen an den Bürgermeister wirklich auch zeitlich so gestellt werden können, dass der Bürgermeister wirklich anwesend ist. Betreffend des Anliegens, ich bin von Bewohnern von St. Peter aufmerksam gemacht worden auf die Zustände, auf die Situation im sogenannten Wienerberger Wald, das ist jenes Ziegelwerk, das bis Ende der 60er-Jahre dort Ton abgebaut hat und Ziegel produziert hat, und dort geht es um Ablagerungen von biogenem Müll sowie Rest- und Sperrmüll auf diesem zirka fünf Hektar großen Grundstück. Die Frage lautet: Welche Maßnahme wird die Stadt Graz setzen, um im Wienerberger Wald in St. Peter wieder einen gesetzeskonformen Zustand herzustellen, der sicherstellt, dass die Ablagerung von Sperr- und Restmüll sowie von riesigen Mengen biogenem Abfall endlich gestoppt wird, der augenscheinlich dazu geführt hat, dass Baumwurzeln vermehrt durch sich rasant vermehrenden Waldmäuse abgefressen werden, die Bäume daraufhin absterben und umfallen (Baumtod), die Waldmäuse als Nagetiere Infektionen (Hantavirus-Infektionen) verbreiten, die auch für Menschen sehr gefährlich werden können, örtlich eine gesteigerte nicht unbeträchtliche Waldbrandgefahr in heißen und trockenen Sommermonaten - noch dazu in einem ziemlich unwegbaren Gelände - erwächst, die hunderte Menschen in den

Wohnhäusern und Siedlungen im Umkreis des Wienerberger Waldes fahrlässig gefährden könnte. Danke sehr.

Motivenbericht nur schriftlich:

Welche Maßnahmen wird die Stadt Graz behördlich setzen, um im „Wienerberger Wald“ in St. Peter wieder einen gesetzeskonformen Zustand herzustellen, der sicherstellt, dass die Ablagerung von Sperr- und Restmüll sowie von riesigen Mengen biogenem Abfall endlich gestoppt wird, der augenscheinlich dazu geführt hat, dass

Baumwurzeln vermehrt durch sich rasant vermehrenden Waldmäuse abgefressen werden,
die Bäume daraufhin absterben und umfallen (Baumtod),
die Waldmäuse als Nagetiere Infektionen (Hantavirus-Infektionen) verbreiten,
die auch für Menschen sehr gefährlich werden können,
örtlich eine gesteigerte nicht unbeträchtliche Waldbrandgefahr in heißen und trockenen Sommermonaten – noch dazu in einem ziemlich unwegbaren Gelände - erwächst, die hunderte Menschen in den Wohnhäusern und Siedlungen im Umkreis des Wienerberger Waldes fahrlässig gefährden könnte.

Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.